

Carla del Ponte erhält „Augsburger Universitätspreis für Versöhnung und Völkerverständigung“ – ...



Carla Del Ponte – erste Trägerin des „Augsburger Universitätspreises für Versöhnung und Völkerverständigung“, Bild: Pressemitteilung der Universität, Informationsdienst Wissenschaft, November 19, 2007
http://idw-online.de/pages/de/image?id=58203&display_lang=de_DE
Photograph provided courtesy of the ICTY

aus einer Pressemitteilung der Universität Augsburg, 19.11.2007

„Augsburger Universitätspreis für Versöhnung und Völkerverständigung“ für Carla Del Ponte

Carla Del Ponte, ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und nach wie vor amtierende Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das frühere Jugoslawien, erhält den in diesem Jahr erstmals verliehenen „Augsburger Universitätspreis für Versöhnung und Völkerverständigung“. Beim Festakt, der am 24. November 2007, um 18.00 Uhr im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses beginnt, wird die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts (1994-2002) und amtierende Präsidentin des Goethe-Institutes, Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jutta Limbach, die Laudatio auf die Preisträgerin halten.

Mit Carla Del Ponte würdigt der im vergangenen Jahr von dem Augsburger Unternehmer Dr. Georg Haindl initiierte und mit 10.000 Euro dotierte „Augsburger Universitätspreis für Versöhnung und

Völkerverständigung“ eine Persönlichkeit, deren engagiertem und entschlossenem Wirken als Chefanklägerin der substantielle Beitrag zu danken sei, den der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag insbesondere durch Konfliktverrechtlichung zu Versöhnung und Völkerverständigung zu leisten vermag. Carla Del Ponte habe mit ihrem Engagement dem Internationalen Strafgerichtshof weltweit zu hoher Glaubwürdigkeit verholfen und die mit der Einrichtung dieses Strafgerichtshofs verbundene Absicht, die Herrschaft des Rechts weltweit zu stärken, in vorbildlicher Weise befördert und umgesetzt. Konsequenterweise nutze sie die mit der Einrichtung der Internationalen Strafgerichtshöfe geschaffene Möglichkeit, Verstöße gegen das Völkerrecht, die die internationale Gemeinschaft als Ganze berühren, auch gegenüber Individuen zu ahnden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit weltweit zu verfolgen und zu bestrafen. Das Unrecht aus vergangenen Konflikten zu ahnden, diene zum einen der Bewältigung dieser Konflikte und wirke zum anderen auch präventiv, da auf diese Weise – mit positiver Ausstrahlung auf nationale Strafrechtssysteme und Rechtsüberzeugungen – klargestellt werde, dass die Machthabenden von Unrechtsregimen, aber auch sonstige Täter in Konfliktsituationen für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen werden. <http://idw-online.de/pages/de/news236135>

... ein Schlag ins Gesicht der „Friedensstadt“ Augsburg

Carla del Ponte wird anscheinend zur Zeit herumgereicht. Bereits im März dieses Jahres erhielt sie in Eisenach den Wartburgpreis. In einem Artikel von Sebastian Bahlo und Cathrin Schütz in der Tageszeitung „junge Welt“ vom 21.03.2007 wird diese Preisverleihung kommentiert. Wir wollen aus

diesem Artikel zitieren und sparen uns dadurch einen eigenen Kommentar zu der Preisverleihung in Augsburg:

„Wenn Carla del Ponte, die Chefanklägerin des »Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien« (engl. Abkürzung ICTY), am 23. März, dem Vorabend des achten Jahrestages des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, in Eisenach den Wartburgpreis entgegennimmt, der seit 1992 »herausragende Verdienste um die europäische Einigung« auszeichnet, wird in den deutschen Medien keine helle Aufregung um sich greifen. Ganz anders war es im vergangenen Jahr, als der Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf dem Schriftsteller Peter Handke zugesprochen wurde. Handke, bekannt als einer der wenigen, die ihre Stimme gegen die antiserbische Hetze erhoben, die den ersten offenen Angriffskrieg der Bundesrepublik Deutschland (aber den dritten deutschen Krieg gegen Serben im 20. Jahrhundert) begleitete und bis heute rechtfertigen soll, hatte eben noch an der Beerdigung von Slobodan Milosevic am 18. März 2006 im serbischen Städtchen Pozarevac teilgenommen und das wütende Geschrei der publizistischen Kriegshetzer geerntet. Und nun sollte er den Heine-Preis erhalten – ein Skandal!

Del Ponte dagegen ist für eben diese Kriegshetzer eine Heldin, die mit Auszeichnungen überhäuft wird. 2002 erhielt sie den »Westfälischen Friedenspreis« in Münster. Wo 1648 das Ende des Dreißigjährigen Krieges mit einem Friedensvertrag besiegelt wurde, in dem zum ersten Mal in der europäischen Geschichte das Prinzip der Staatssouveränität zur Geltung kam und die Parteien sich verpflichteten, unter keinem Vorwand, auch nicht »unter dem Anschein des Rechts«, Gewalt gegeneinander auszuüben, wurde jetzt die Person geehrt, die maßgeblich daran beteiligt ist, der Gewaltanwendung gegen Jugoslawien den »Anschein des Rechts« zu verleihen. Denn es ist die einzige Funktion, die ihre Anklagebehörde und der ganze sogenannte Gerichtshof, der zum Spott auf den regulären Internationalen Gerichtshof (IGH) ebenfalls in Den Haag angesiedelt ist, erfüllen sollen – jene Staaten zu schützen, die vor nunmehr 16 Jahren begonnen hatten, die Sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien zu zerschlagen, wobei die NATO-Aggression gegen Jugoslawien von 1999 nur den militärischen Höhepunkt darstellte. [...]

Es waren mit der US-amerikanischen und deutschen Regierung genau jene beiden Staaten, die auf die Gründung eines Jugoslawien-Tribunals drängten, die selbst mit ihrer aggressiven Politik den Krieg schürten.

Die deutsche Regierung preschte im Dezember 1991 im Alleingang mit der diplomatischen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens vor und vereitelte Verhandlungslösungen, die die blutigen Bürgerkriege in Jugoslawien hätten verhindern können... Das neue unabhängige Kroatien orientierte sich unter Präsident Franjo Tudjmans Partei offen an der Politik der Ustascha, die einen der schrecklichsten Völkermorde des 20. Jahrhundert begangen hatte, dem Hunderttausende Serben zum Opfer fielen. [Hitler und Mussolini schufen 1941 ein „unabhängiges“ Kroatien, das von der Ustascha geführt wurde; *Anmerkung der Red.*] Wieder setzte ein systematisch und von oben gesteuerter Terror gegen die Serben in Kroatien ein. Schon Monate vor der Anerkennung durch Deutschland kam es zu gewaltsamen Übergriffen. In der »dalmatinischen Reichskristallnacht« wurden über hundert serbische Geschäfte und Häuser in Zadar zerstört, in der »Nacht der langen Messer« mehr als 100 serbische Zivilisten exekutiert.

Slobodan Milosevic stellte sich nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht, sondern forderte es für alle Völker Jugoslawiens gleichermaßen ein. Die über 600000 in Kroatien lebenden Serben, die in einzelnen Regionen klar die Bevölkerungsmehrheit stellten, entschieden sich für den Verbleib in Jugoslawien. »Da es der Wille der dort lebenden Serben war, wollte Belgrad die Krajina an das Mutterland binden. Kroatien und später Bosnien aber wollten historische serbische Gebiete in die Unabhängigkeit mitnehmen.« Die Milosevic-Regierung warnte vor einer Wiederholung der Verbrechen des Zweiten Weltkrieges, doch die Ängste, die bei Serben erwachten, wurden ignoriert; statt dessen unterstellte man ihnen, ein aggressives »Großserbien«-Projekt zu verfolgen. Deutschland und die USA lieferten Waffen und Militärinstrukteure an Kroatien. 1995 konnte Tudjmans Armee in der »Operation Sturm« mit Unterstützung der Vereinigten Staaten die ethnische Säuberung der Krajina von Serben beenden, die 1941, unterstützt von den Nazis, begonnen hatte. Im Falle Bosniens trägt die Clinton-Regierung die Hauptverantwortung für das Blutvergießen, drängte sie zunächst zur Anerkennung Bosniens und hielt später den Krieg durch illegale Waffenlieferungen und Behinderung der Friedensverhandlungen am Laufen. Doch der von drei Seiten geführte Bürgerkrieg mit

ausländischer Einmischung wurde umgehend als serbische Invasion bezeichnet. Unter gleichen Vorzeichen standen die Konflikte im Kosovo und in Mazedonien.

Legitimatorische Funktion

Kurzum, ausländische Staaten haben heftig mitgemischt in den Bürgerkriegen, und vor allem Deutschland und die USA haben Blut an den Händen. Dass sie mit der Einrichtung eines Jugoslawien-Gerichts ein politisches Instrument schufen, um ihre eigene Politik der Zerstörung des Landes abzusichern und die Schuld dafür anderen zuzuweisen, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. Der politische Charakter des ICTY geht nicht nur aus der Arbeit des Tribunals hervor, sondern wird auch von Insidern bestätigt. Mit Blick auf ihren Einfluss bei der Schaffung des ICTY gelten die ehemaligen Außenminister der BRD und der USA Klaus Kinkel und Madeleine Albright als »Eltern« des Strafgerichtshofs. NATO-Sprecher Jamie Shea bezeichnete das Militärbündnis als »Freundin des Tribunals«, da die NATO-Staaten das ICTY finanzieren. ...“

Anmerkung: Die Mitverfasserin des oben zitierten Artikels, Cathrin Schütz, geboren 1971 in Friedberg/Hessen, studierte Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 2001 arbeitete sie am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) an einem Projekt zum Thema NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt. Sie gehörte auch zum Verteidigungsteam des jugoslawischen Expräsidenten Slobodan Milošević. In dieser Funktion arbeitete sie seit Prozessbeginn als wissenschaftliche Mitarbeiterin zunächst in Belgrad und später dann am Tribunal in Den Haag. Ihr Doktorvater ist der bekannte, 2003 aber leider verstorbene Friedensforscher Dieter S. Lutz.

Redaktion